

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 14. April 1988

Blatt 669

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Eine sprachliche Minderheit kann geschützt werden! (673/FS:13.4.)
- Landtagspräsidentin Gertrude Stiehl feiert 60. Geburtstag (674)

Kommunal/Lokal:

- Aktion „Gesunde Schuljause“ (670/FS: 13.4.)
- Große Hilfen für Obdachlose durch die Stadt Wien (671/FS: 13.4.)
- Europalia-Preisträger im Wiener Rathaus (672/FS: 13.4.)
- Aktion „Freizeit und Familie“ (675)
- 1987 wurde der Neubau von 5.429 Wohnungen gefördert (676)
- Renovierungsarbeiten im Laaerbergbad (676)
- Auch Forstamt stellt Motorsägen auf Rapsöl um (677)
- Bundesheer hilft beim Frühjahrsputz (677)
- Hatzl: Tarifikalkulation muß ohnehin offengelegt werden (678)

Aktion „Gesunde Schullaufe“

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Der Stadtschulrat von Wien führt gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium eine Aktion über die „gesunde Jause“ in der Schule durch. Der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Prof. Hans MATZENAUER, betonte, mit dieser Initiative sollen Schüler und Eltern auf die Bedeutung und die Notwendigkeit einer gesunden Ernährung aufmerksam gemacht werden. Die Aktion werde sich aber nicht nur auf Appelle beschränken. „An den Schulen, in denen bereits Buffets vorhanden sind, soll das Warenangebot den Grundsätzen einer gesunden Ernährung entsprechen,“ schloß Matzenauer. (Schluß) fk/rr

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Große Hilfen für Obdachlose durch die Stadt Wien

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) In einer Reaktion auf die Aussagen von Gemeinderat Karin LANDAUER (FPÖ) zur Frage der Obdachlosen in Wien entgegnete Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, daß gerade die Wiener Stadtverwaltung im Bewußtsein um diese Problematik wesentliche Hilfsmaßnahmen gesetzt hat. Smejkal verwies dabei auf den Nichtseßhaften-Meldeschein, den es in Wien als einzigem österreichischen Bundesland gibt — die Obdachlosen erhalten damit auch die Möglichkeit, Sozialhilfemaßnahmen der Stadt in Anspruch zu nehmen.

Zum von GR. Landauer zitierten „Münchner Modell“, den Obdachlosen renovierungsbedürftige Häuser zur Schaffung von Wohnraum zu übergeben, sagte Smejkal, dies halte sie vom Sicherheitsstandpunkt her für bedenklich. Die Stadt Wien bietet statt dessen den Obdachlosen in ihren eigenen Herbergen über tausend Unterkunftsplätze an und trägt auch erheblich zur Finanzierung aller Privatinstitutionen bei, die sich dem Obdachlosenproblem widmen. (Schluß) gab/gg

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Europalla-Preisträger im Wiener Rathaus

500 Schüler aus Belgien und Österreich

Wien, 13.4. (RK-LOKAL) Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL hatte Mittwoch mittag viel jungen Besuch im Rathaus: Im Festsaal begrüßte sie im Namen der Stadt Wien acht belgische Schulklassen und ihre Gastgeber, acht Schulklassen aus Österreich. Mit dabei: die von Wien eingeladenen Preisträger des Schülerwettbewerbs der „Europalia“, der belgischen Großveranstaltung, die im Herbst 1987 Österreich gewidmet war.

An die 500 Mädchen und Burschen aus Belgien und Österreich applaudierten den Preisträgern, 12 jungen Leuten aus dem wallonischen Heusy und dem flämischen Vilvoorde, die „historische Interviews“ mit dem Generalgouverneur der damaligen „österreichischen Niederlande“, Karl von Lothringen, dem Schwager Maria Theresias, geschrieben hatten. Die Preisträger sind Gäste des Wiener Fremdenverkehrsverbandes. Die belgischen Schulklassen wurden vom Unterrichtsministerium mit Hilfe der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung eingeladen, nachdem im November 1987 österreichische Schulklassen in Belgien sehr herzlich betreut worden waren. (Schluß) wfv/gg

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Eine sprachliche Minderheit kann geschützt werden!

Vortrag von Südtirols Landeshauptmann Magnago im Wiener Rathaus

Wien, 13.4. (RK-POLITIK) Der Schutz einer sprachlichen Minderheit ist nur möglich mit Sonderbestimmungen, und die Minderheit muß den Willen zum Überleben haben. Das sagte am Mittwoch abend der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO bei einem Vortrag im Wiener Rathaus anlässlich der Südtirol-Wochen in Wien. Er gehe bei seinen Bemerkungen von der praktischen Erfahrung aus, die er durch Jahrzehnte in Südtirol gemacht habe. Die Sondermaßnahmen, wie sie im Autonomiestatut bereits großteils verwirklicht sind, bilden den effektiven Schutz der sprachlichen Minderheit. An Hand des Zitates „Es gibt nichts Ungerechteres, als ungleiche Dinge gleich zu behandeln“, zeigte Magnago die Problematik, etwa bei der Postenvergabe im öffentlichen Dienst auf. „Nur eine Sonderbestimmung kann der Minderheit in der eigenen Heimat eine Chance auf einen Arbeitsplatz bieten. Daher bietet das Autonomiestatut unter anderem auch einen Versetzungsschutz für Südtiroler im öffentlichen Dienst. Außerhalb der Heimat würde er rasch assimiliert werden“.

Gleichberechtigung führt zur Assimilierung

Die formelle Gleichstellung der Angehörigen einer sprachlichen Minderheit würde rasch zu einer Assimilierung führen. Magnago sprach von einer „Chloroformpolitik“. In einer Demokratie müsse es möglich sein, daß es neben politischen Grenzen auch sprachliche und kulturelle Grenzen gibt, die historisch gewachsen sind. Es gelte daher, jenen, die zu solchen Minderheiten in einem demokratischen Staat gehören, die Identität und Eigenständigkeit für lange Zeit zu erhalten. Um die Assimilierung zu vermeiden, gibt es etwa für den öffentlichen Dienst Dienststellenpläne im Verhältnis nach den Sprachgruppen; bei der Vergabe von Sozialwohnungen und bei der Arbeitsvermittlung haben die Angehörigen der Minderheit ein Recht auf bevorzugte Behandlung, ebenso erwirbt man das Wahlrecht für Landtags- und Gemeinderatswahlen erst dann, wenn man sich bereits länger als vier Jahre in der Provinz aufgehalten hat.

Noch nicht verwirklicht ist in Südtirol das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache bei Polizei und vor Gericht. Er erwarte sich aber, daß mit der neuen italienischen Regierung über die bereits augehandelten Bestimmungen eine Einigung erzielt werden kann, betonte der Südtiroler Landeshauptmann.

Dank an Österreich

Alles das, was bisher in Südtirol zum Schutz der Minderheit erreicht worden sei, habe sich nicht von allein ergeben — und Dr. Magnago sprach in diesem Zusammenhang Österreich seinen besonderen Dank aus. So etwa sei es ein besonderes Verdienst des damaligen Außenministers Dr. Bruno Kreisky gewesen, daß in den Jahren 1960 und 1961 zwei UNO-Resolutionen zum Schutz der Südtiroler erreicht worden seien. Solange eine Minderheit den Willen zum Überleben habe, solange eine Minderheit stolz auf die Eigenständigkeit sei, solange der Schutz durch Sonderbestimmungen gegeben sei, werde es keine Unterwanderung oder Assimilierung geben, sagte Dr. Magnago, und abschließend: „Jede Minderheit ist eine Bereicherung für den Gesamtstaat“. (Schluß) fk/gg

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Landtagspräsidentin Gertrude Stiehl feiert 60. Geburtstag

Wien, 14.4. (RK-POLITIK) Gertrude Stiehl wurde am 15. April 1928 in Wien geboren. Nach dem Besuch von Volksschule und Gymnasium absolvierte sie die Lehrerbildungsanstalt in der Hegelgasse. Seit 1947 ist sie im Wiener Schuldienst tätig, zunächst als Volksschullehrerin, seit 1972 als Direktorin einer Volksschule im 22. Bezirk.

1973 wurde Gertrude Stiehl in den Wiener Landtag gewählt. Seit 1981 ist sie Präsidentin des Wiener Volksbildungswerkes. 1984 wurde Gertrude Stiehl zur Dritten Landtagspräsidentin gewählt, seit 1987 ist sie Zweite Landtagspräsidentin. (Schluß) red/rr

Aktion „Freizeit und Familie“

Frühjahrs- und Sommerprogramm 88

Wien, 14.4. (RK-LOKAL) Das Frühjahrs- und Sommerprogramm der Aktion „Freizeit und Familie“ bietet über hundert Freizeitangebote aus dem Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportbereich.

Die Aktion „Freizeit und Familie“, die im Herbst 1987 vom Wiener Landesjugendreferat gestartet wurde, richtet sich an alle Wiener Familien, das heißt, an alle in einem Haushalt lebenden Erwachsenen und Kinder bis 15 Jahre. Ziel dieser Aktion ist es, gemeinsame Aktivitäten der Familien zu unterstützen und Anreize zu schaffen, damit Eltern und Kinder ihre Freizeit verstärkt miteinander gestalten. Den Familien wird der Besuch von Veranstaltungen durch „Freizeit und Familie“ durch eigene kostengünstige Familientarife auch finanziell erleichtert.

Auskünfte über das Programm der Aktion „Freizeit und Familie“ und den Erhalt von Aktionskarten erteilt das Wiener Landesjugendreferat, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon 42 800/3990 DW. (Schluß) jel/bs

1987 wurde der Neubau von 5.429 Wohnungen gefördert

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) 1987 wurde in Wien der Neubau von 5.429 Wohnungen gefördert. 5,2 Milliarden Schilling werden derzeit dafür aufgewendet, um den Neubau dieser 3.756 Mietwohnungen, 911 Eigentumswohnungen, 397 Eigenheime, 318 Ledigenwohnungen, 46 Geschäftslokale und einer Dienstwohnung zu fördern und damit preiswerter zu machen. Zum Vergleich: 1986 wurde in Wien der Neubau von 5.341 Wohnungen mit einem Betrag von 5,3 Milliarden Schilling gefördert. Etwas mehr als die Hälfte dieser Wohnungen entsteht im dichtbebauten Stadtgebiet.

Für die Wohnhaussanierung wurden 1987 mehr öffentliche Förderungsmittel aufgewendet als 1986. Im Vorjahr wurden 459 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 2,35 Milliarden Schilling gefördert. 1986 waren es „nur“ 152 Wohnhaussanierungen mit einem Bauvolumen von rund 920 Millionen Schilling.

Für 1988 ist die Förderung von mindestens 4.000 Neubauwohnungen geplant, wobei die Förderung differenzierter und effektiver gestaltet werden wird. Im Bereich der Stadterneuerung wird sich das geförderte Bauvolumen auf etwa 3 Milliarden Schilling erhöhen. (Schluß) ah/gg

Renovierungsarbeiten im Laaerbergbad

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Das städtische Laaerbergbad wird an die Fernwärme angeschlossen. Die alte Kesselanlage wird daher nicht mehr benötigt. Für die Errichtung der Fernwärme-Umformer-Station, die Baumeisterarbeiten und die erforderlichen Nebenarbeiten genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner letzten Sitzung insgesamt sechs Millionen Schilling. Weitere 19 Millionen Schilling kostet die Generalsanierung des Sportbeckens samt den Filteranlagen in diesem Bad. Auch dafür gab der Ausschuß die Mittel frei. Die Fertigstellung des neuen Beckens ist im Frühjahr 1989 geplant. (Schluß) and/gg

Auch Forstamt stellt Motorsägen auf Rapsöl um

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Nicht nur die Bundesforste stellen ihre Motorsägen auf Rapsöl um. Auch das Forstamt der Stadt Wien tut etwas für den Umweltschutz im Wald und setzt ab ca. Mitte des Jahres im Wienerwald und in den Quellschutzforsten nur mehr Motorsägen auf Rapsölbasis ein. Das Forstamt beschäftigt sich bereits seit einem Jahr mit dieser Problematik und hat auch bereits die notwendigen Vorarbeiten für die Umstellung durchgeführt. (Schluß) du/rr

Bundesheer hilft beim Frühjahrsputz

Wien, 14.4. (RK-LOKAL) Das Bundesheer unterstützt das Forstamt der Stadt Wien beim Frühjahrsputz. Rund 300 Mann des Armeefernmeldebataillons der Starhembergkaserne säubern während der Frühjahrsputzwoche und noch am kommenden Wochenende das Gebiet Wienerberg-Ost, z.B. die Teiche und den Radweg im Bereich von Inzersdorf. Auch noch nächste Woche führt die Fernmeldetruppenschule der Starhembergkaserne eine Reinigungsaktion im Gebiet Wienerberg-West durch. (Schluß) du/rr

Hatzl: Tarifikalkulation muß ohnehin offengelegt werden

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Zur Aussendung von ÖVP-Stadtrat Erhard BUSEK über das geplante neue Tarifsysteem für Strom wies Energiestadttrat Johann HATZL Donnerstag darauf hin, daß er bereits Dienstag die Gemeinderäte aller Fraktionen zu Gesprächen über diesen Vorschlag der E-Werke eingeladen habe. Der erste Termin sei bereits vereinbart. Zu jenem Zeitpunkt sei dieses Tarifmodell von der ÖVP in einer Presseausendung noch ausdrücklich begrüßt worden. Mit seiner heutigen Ausendung, die sich mit keinem Wort auf die hinter der Tarifreform stehenden Ideen wie Energiesparen und Vereinfachung bezieht, desavouiere Busek seine eigenen Fraktionskollegen, die im zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Mitarbeit an der Tarifreform eingeladen wurden, sagte Hatzl.

Zur geforderten Offenlegung der Berechnungsgrundlagen stellte Stadtrat Hatzl fest, der neue Tarif müsse auf jeden Fall von der Preisbehörde im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten überprüft und genehmigt werden. Damit sei eine vollständige Offenlegung der gesamten Kalkulation verbunden, wie es selbstverständlich auch beim derzeit geltenden Tarifsysteem der Fall war.

Einer der Grundgedanken der Tarifreform sei es, sagte Hatzl, Anreize zum Energiesparen zu schaffen. Dadurch wird es auch zu Verringerungen bei den Aufwänden der E-Werke kommen. Der erwartete Einnahmefall bedeute also keineswegs einen Verlust in dieser Größenordnung der E-Werke. Die Forderung nach einer zehnprozentigen Strompreissenkung sei völlig aus der Luft gegriffen, so Hatzl: Der voraussichtliche Entfall mache nur zwei bis drei Prozent der Gesamteinnahmen der E-Werke aus.

Mit solchen Erklärungen zeige Busek immer deutlicher, daß ihm jede realistische Argumentationsgrundlage zum Stromtarif fehle, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr